Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 0 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Interessent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Insertionspreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 0% Teuerungszuschlag. Zeilensatz und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk. / Für die Postaufgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Größte Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verfall. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Gerichtsort ist, wenn nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 294 | **Mittwoch den 18. Dezember 1918.** | **77. Jahrg.**

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Der Rätekongreß.

Wilson über den Zukunftsfrieden.

Pariser Trinksprüche.

Rotterdam, 16. Dezember.

Mit großer Feierlichkeit, umrauscht vom Jubel der Bevölkerung, hat Präsident Wilson seinen Einzug in Paris gehalten. Er nahm lächelnd und entblößten Hauptes die Huldigungen der Menge entgegen, während der Wagen seiner Frau bald von Blumen überfüllt war. Die Fahrt durch Paris gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge, die Volksmassen umdrängten den Wagen, in dem die beiden Präsidenten saßen und nicht endende Hochrufe begleiteten sie.

Ansprache Poincarés.

Beim Frühstück im Elysée hielt Präsident Poincaré eine Ansprache, in der er den Anteil Amerikas am Kriege hervorhob. Poincaré erwähnte dann die gemeinsamen Ideale Frankreichs und der Vereinigten Staaten und sagte, jetzt müsse man gemeinschaftlich einen Frieden aufbauen, der die mutwillige und scheinheilige Erneuerung einer Organisation zur Eroberung und Unterdrückung verhindere. Der Frieden müsse das Elend und Leid von gestern wieder gutmachen und gegen die Erneuerung der Gefahren für morgen eine Bürgschaft bilden. Ohne uns der Illusion hinzugeben, daß die Nachkommenschaft auf immer vor dem Massenwahnsinn des Krieges sicher sein wird, müsse man in dem Frieden, den wir aufzubauen im Begriff sind, alle möglichen Bürgschaften für Sicherheit und Dauer niederlegen.

Präsident Wilsons Antwort.

In seiner Antwort erklärte Wilson: „Von Anfang an sind die Gedanken des amerikanischen Volkes weiter hinausgegangen, als auf ein bloßes Gewinnen des Krieges. Wir sahen ein, daß es an sich nicht genügen würde, den Krieg zu gewinnen, sondern daß auch die Frage, die der Krieg aufgeworfen hat, gelöst werden müsse, und zwar, daß der Zukunftsfrieden der Welt gesichert werde und die Grundlage für Freiheit und Glück der Nationen gelegt werden müsse. Ich erkenne wie sie die Notwendigkeit an, daß bei der endgültigen Regelung der Ergebnisse des Krieges Bestimmungen festgelegt werden, die nicht nur die Plünderungen und Schreckenstaten ahnden, sondern gleichzeitig die ganze Menschheit warnen, daß sie nicht wiederholt werden können, ohne mit Sicherheit ihre Bestrafung zu finden."

Zum Schluß feierte Wilson die französisch-amerikanische Freundschaft, deren Erhaltung und Ausbau er sich angelegen sein lassen werde.

*

Schweden an Wilson.

Die beiden Kammern des schwedischen Reichstages sandten gestern an den Präsidenten Wilson folgendes Telegramm:

Die beiden Kammern des schwedischen Reichstages, die ein Volk vertreten, von welchem so viele Heim und Tätigkeit in Ihrem großen Lande fanden, heißen Sie in Europa willkommen in der lebhaften Hoffnung, daß die edlen Grundsätze, die Sie für das Zustandekommen eines dauerhaften und auf Gerechtigkeit fußenden Weltfriedens ausgesprochen haben auf dem bevorstehenden Friedenskongreß verwirklicht werden.

Auch die liberale, sozialdemokratische und konservative Partei Schwedens sandten Begrüßungstelegramme ab.

Der Rätekongreß.

Tagung der A.S.-Räte Deutschlands.

(Erste Sitzung.) Ob. Berlin, 16. Dezember.

Das vielgeschaltene, nun aber wohl endgültig zu Grabe getragene preußische „Entlassen-Parlament" in Berlin steht heute, nachdem es schon seit den ersten Revolutionstagen vom „Vollzugsausschuß" mit Beschlag belegt worden war, ein anderes Klassenparlament versammelt: den großen „Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands", der über eine Menge wichtigster, ja von Lebensfragen der jungen deutschen Republik Entscheidung treffen soll: die Fragen der Nationalversammlung, des Friedensschlusses, der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, die Wahl des Vollzugsrats der Republik.

Der große Saal des Abgeordnetenhauses, in dem die mehr als 400 Delegierten versammelt sind, ist leidlich geschmackvoll mit roten Tüchern und rotumwundenen Tannenkränzen geschmückt. Zivilisten und Soldaten, unter ihnen eine ganze Anzahl von Offizieren, sitzen bunt durcheinander. Weibliche Delegierte sind, soweit man sehen kann, nur zwei oder drei darunter, die sich alsbald gleich zu Beginn durch Zwischenrufe, u. a. durch einen Protest gegen die zu lange Mittagspause, bemerkbar machen.

Die etwas eintönige und darum wenig erquickende Eröffnungsrede Richard Müllers und der kräftige Zuruf Eberts zur gemeinsamen Arbeit — und zur Arbeit überhaupt! — füllten die erste halbe, die Wahl des Bureaus — erster Vorsitzender wurde der frühere Landtagsabgeordnete und jetzige Oberbürgermeister von Hannover Leinert — die ganze nächste Stunde aus.

Dann begann Rich. Müller zum ersten Punkt der Tagesordnung seinen „Bericht über die Tätigkeit des Vollzugsrats". Er wurde teilnahmslos angehört, nur an einigen Kraftstellen, so als er die bürgerlichen Zeitungsschreiber „Halunken" nennt, wird es lebhafter. Zwischenfälle ereigneten sich, abgesehen davon, nur zweimal: ein Antrag, Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme zuzulassen, wird unter stürmischem Protest der Spartakusleute abgelehnt. Und als, mitten in dem Müllerschen Referat, eine Abordnung von Demonstranten im Saale erscheint (zu denen von einem Fenster des Abgeordnetenhauses kurz zuvor Liebknecht gesprochen und die Forderungen dieser Berliner Arbeiter überbringt), da kommt es zu richtigen Sturmszenen. Die Abordnung fordert die „Beseitigung" der Volksbeauftragten Ebert und Haase, Nichteinberufung der Nationalversammlung, „alle Macht für die ASR!" Als diese Forderungen auf Widerspruch in der Versammlung stoßen, rufen die Spartakisten: „Nur die Offiziere protestieren! Raus mit den Offizieren! . . ."

* * *

Sitzungsbericht.

Der Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses ist überfüllt, etwa die Hälfte der Anwesenden trägt den Waffenrock. Erst nach ½11 Uhr betreten die Volksbeauftragten Ebert, Haase, Landsberg, Dittmann, Scheidemann und Barth den Saal. Sie nehmen an der Ministerbank Platz. Auf den übrigen Regierungsplätzen haben die Mitglieder des Vollzugsrates sich niedergelassen.

Richard Müller vom Berliner Vollzugsrat eröffnet die Sitzung. Er erinnert an die ehemalige Bestimmung des Sitzungssaales, in dem die stärksten Stützen der alten Gewalten getagt haben. Das alte System hat den verdienten Lohn erhalten. Und jetzt sind wir alle beseelt von dem Gedanken, das deutsche Volk herauszuführen aus der Not und dem Elend. Einig sind wir alle in diesem Sinne, aber nicht einig über den Weg, der am schnellsten und sichersten zum Ziele führt. Es gilt, die politische Macht, die die ASR sich erobert haben, ihnen zu belassen. — Der Redner gedenkt dann der Toten des Weltkrieges und der gefallenen Freiheitskämpfer. Der Kongreß hört diese Worte stehend an.

Begrüßungsrede Eberts:

Soldaten und Arbeiter der deutschen Volksrepublik! Mit einem Ruck leidenschaftlicher Entschlossenheit habt Ihr in den ersten Novembertagen zertrümmert, was im Laufe der Zeit morsch geworden war, habt Ihr die Abhängigkeiten zerrissen, die man als gottgegeben ansah, und den deutschen Volksstaat vollkräftig ins Leben gesetzt. Alle alten Herrenrechte sind mit einem Schlage zerbrochen, das Recht des Volkes ist die Grundlage des deutschen Staats. Aber wir sind uns klar darüber, daß die Republik erst dann den Kern ihres Wesens erfüllt, wenn sie nicht nur die Herren, sondern auch die Ausbeuter beseitigt. Die junge Republik macht einstweilen noch

einige Kinderkrankheiten

durch. Fünf Wochen nach der Revolution ist der neue Staat noch nicht so gefestigt und geordnet, wie es die alte 500jährige Herrschaft der Hohenzollern und die 1000jährige der Wittelsbacher war. Alle die ein großes Geschrei darüber erheben, wir vermöchten der Anarchie nicht Herr zu werden und seien nicht imstande, einen normalen Verlauf des staatlichen Lebens herbeizuführen, haben gewiß nie am Aufbau auch nur der kleinsten Organisation mit geschaffen.

Gewiß drängt die Zeit.

Nach den unsagbaren Verwüstungen des langen Mordens, nach der Leichtfertigkeit der früheren Gewalten, die alles auf eine Karte gesetzt hatten, und als sie fehlschlug, ratlos dastanden, nicht mehr aus noch ein wußten und schließlich feige desertierten, steht die junge Volksrepublik vor den schwierigsten Aufgaben, die je einem eben erst geschaffenen Staatswesen gestellt waren. Inmitten eines allgemeinen Mangels an Bedarfsgütern jeder Art soll sie für ungezählte Millionen Menschen Arbeit schaffen, während alle Rohstoffe fehlen. Inmitten einer allgemeinen Auflösung der alten politischen und sozialen Ordnung muß sie unbedingt dafür sorgen, daß

das öffentliche und wirtschaftliche Leben

nicht einen Tag still steht, daß Sicherheit, Nahrung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung vorhanden sind. Die uns gestellte Aufgabe ist wahrhaft gigantisch. Die Lösung ist unmöglich, wenn jeder nach eigenem Kopf darauf los wirtschaftet. Die Arbeiter im Waffenrock und in der Bluse dürfen nicht dulden, daß Uneinigkeit, Zersplitterung, Eigensinn, Eigendünkel und Eigenmächtigkeit sie um die Früchte der Revolution bringen. (Stürmische Zustimmung.) Sie müssen unbedingt verlangen, daß ein

einheitlicher Mehrheitswillen

gebildet wird und eine einheitliche Linie in allen praktischen Maßnahmen der Staatsverwaltung innegehalten wird, wie sie die Träger der Revolution vorschreiben. (Beifall.) Als am 9. November das Volk gesiegt hatte, gab es keine regierende Gewalt in Deutschland mehr. Alle alten Machthaber waren auseinandergestoben, verschwunden, wie weggeblasen und verweht in die Winde. In diesem Augenblick mußten die Sieger die Gewalt ergreifen und die provisorische Regierung schaffen, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung jetzt neu zu regeln und zu bekräftigen Ihre Aufgabe ist. Dazu haben Sie sich hier zusammengefunden. Auf die Dauer kann es

in Deutschland nur eine Rechtsquelle

geben, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. Das war der Sinn der Revolution: Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben gestürzt, nun dulden wir keine Gewaltherrschaft mehr, komme sie, von wem sie wolle. (Lebh. Beifall.) Das siegreiche Proletariat richtet keine neue Klassenherrschaft ein, es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alten Klassenscheidungen und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. Verrichten Sie entschlossen das große Werk der Freiheit und der Demokratie und die deutsche Volksrepublik wird aller Gefahren Herr werden.

Die Wahl des Präsidiums

hatte das Resultat, daß zum ersten Vorsitzenden Leinert, als seine Stellvertreter Kowolka und Seege gewählt wurden. Ferner werden neun Schriftführer bestimmt. Ein Antrag fordert die Zulassung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Gäste zum Kongreß. Der Antrag wird abgelehnt. Die Mitteilung des Wahlergebnisses in Anhalt wird mit großem Beifall aufgenommen. Abgegeben sind für die Sozialdemokratie 92 290 Stimmen, für die Demokratie 64 447, für die Konservativen 9225 und für die Mittelständler 8240 Stimmen. Gewählt sind 22 Sozialdemokraten, 12 Demokraten und 2 Konservative.

Der Bericht des Vollzugsrates.

Dieser erste Punkt der Tagesordnung wird von Richard **Müller** besprochen. Zunächst beschäftigt er sich mit der „Hetze gegen den Vollzugsrat", an der sich auch rechtssozialistische Blätter beteiligt hätten. Wir sollten in den ersten beiden Wochen 800 Millionen Mark verschleudert haben, man spricht von der Vetternwirtschaft und den hohen Bezügen der Vollzugsratsmitglieder. Ich verzichte nach diesen Erfahrungen auf die weitere Mitgliedschaft. Müller schildert in breiten Ausführungen die Entwicklung in den entscheidenden Novembertagen. Wir Unabhängigen wollten uns zunächst an keiner Regierung beteiligen, in der auch Mehrheitssozialisten saßen. Auf Drängen der Soldaten haben wir uns schließlich bereitgefunden. Aufrichtig gesagt, bedaure ich es heute. (Müllers Ausführungen werden durch die Demonstration der Spartakusleute für eine Zeitlang unterbrochen.) Müller bespricht dann eingehend die Finanzwirtschaft des Vollzugsrats und sucht den Vorwurf der Verschwendung zu widerlegen. Aus den

800 Millionen

seien jetzt sogar 1800 Millionen geworden. Im ganzen habe der Vollzugsrat 450000 Mark ausgegeben. Sogar vor persönlichen Verdächtigungen schrecke man nicht zurück, welche die bürgerliche Presse behaglich nachdrucke. Das sei ein Beweis dafür, daß sich viele Halunken unter den bürgerlichen Schriftstellern befinden. Über die

Vorbereitung der Revolution

sagte Müller noch, daß man damit bereits im Juni 1916 begonnen hätte, wenn man sich damals auch noch nicht so zielklar gewesen sei wie später. Bei der Wahl zum Vollzugsrat seien dann besonders alle diejenigen hineingewählt worden, die an den Vorbereitungen teilgenommen hätten.

Nun tritt die Mittagspause ein, vor der Leinert das Wahlergebnis von Mecklenburg-Strelitz bekanntgibt, wo 22 Sozialisten, 16 Liberale, 8 Handwerker und Bauernbündler gewählt sind.

Nach der Mittagspause führte **Müller** seine Rede zu Ende, indem er sich nochmals scharf gegen die bürgerliche und rechtssozialistische Presse wandte wegen deren Angriffe gegen den Vollzugsrat. Er schloß mit den Worten, daß die Errungenschaften der Revolution in Gefahr seien.

Es folgten dann der Kassenbericht und die allgemeine Aussprache, in der zunächst **Dickmann** das Wort ergriff.

*

Die Spartakusdemonstrationen

waren durch eine Proklamation des Spartakusbundes in der Roten Fahne angekündigt worden, die zum Generalstreik am Tage der Eröffnung des Rätekongresses aufforderte. Einige tausend Arbeiter aus verschiedenen Werken hatten auch Folge geleistet und zogen unter Vorantragung roter Fahnen durch die Stadt. Sie vereinigten sich schließlich zu der Demonstration vor dem Abgeordnetenhause, wo die ASR tagten. Nachdem Liebknecht seine Rede gehalten hatte und die Ablehnung des Antrages, Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Versammlung ohne Mandat teilnehmen zu lassen, mit dem üblichen Lärm auf der Straße aufgenommen war, bewegte sich der Zug der Streikenden mit Liebknecht an der Spitze weiter. Unter den Linden, vor der russischen Botschaft, redete Liebknecht abermals und verlangte die Herbeilassung russischer Vertreter. Im Laufe des Nachmittags nahm die Anzahl der Streikenden zu.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF